



Österreich



Geht die SPÖ nach links?

Im Herbst steht für Österreich mit dem Doppel-Budget von SPÖVP der nächste Wahnsinn an. Vorher gilt es noch in Wien und der Steiermark Wahlen zu schlagen. Vorwärts betrachtet vor diesem Hintergrund den „Linksruck“ der SPÖ der am letzten Parteitag zelebriert wurde sowie diverse "linke Initiativen".

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Streik - kollektiv oder individuell?

Wie können Kürzungen wirklich verhindert und Auseinandersetzungen gewonnen werden. Dazu ist der Aufbau demokratischer Strukturen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene ein ganz zentraler Punkt.

SEITE 3

Schwerpunkt



ArbeiterInnen aller Länder vereinigt Euch!

Viele vergleichen die aktuelle Krise mit den 20er und 30er Jahren. Damals war es auch eine Periode von Massen- und Klassenkämpfen und Diskussionen über Konzepte und Programme. Trotz des „Übergangsprogramm“ von 1938 ist da brandaktuell.

SEITEN 4/5

Internationales



Ist Frieden im Nahen Osten möglich?

Die jüngsten Ereignisse haben die Aufmerksamkeit wieder auf den Nahen Osten gelenkt. Viele stellen sich die Frage: wie kann der Teufelskreis aus Besatzung, Terror und Blockade durchbrochen werden?

SEITE 7

Arbeitslosigkeit, Armut, Rassismus, Umweltkatastrophen:

Kapitalismus

Durchgefallen!

Jeder lernt es in der Schule: Wir leben in der Marktwirtschaft, dem Kapitalismus. Gut so, nicht? Werfen Sie einen Blick in eine beliebige Tageszeitung oder Nachrichtensendung: eine Liste von Ungerechtigkeiten und wachsenden Problemen. Lösungen? Nicht in Sicht!

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Ein Auszug aus dem täglichen Wahnsinn:

- ▶ 355 Millionen Überstunden fallen pro Jahr an – 30% davon nicht oder zu wenig bezahlt. Das entspricht Vollzeitjobs für fast die Hälfte aller Arbeitslosen!
- ▶ Unternehmen sind kriminell: Durch Korruption entsteht jedes Jahr ein Schaden von mindestens 25 Mrd. Euro. Aber bei Bildung und Sozialem wird gekürzt.
- ▶ 65.000 Menschen in Wien haben einen Job, benötigen aber dennoch Sozialhilfe. 15% der WienerInnen können sich keine neue Kleidung leisten. Aber es gibt Subventionen für Unternehmen.
- ▶ ÖBB-ManagerInnen verspekulieren 600 Mio. Euro. Kürzung ihrer Bezüge bringt das keine, aber die Beschäftigten sollen "den Gürtel enger schnallen".
- ▶ 1,8 Mrd. Euro erhalten die AktionärInnen der im ATX notierten Großunternehmen 2010. Aber es werden Stellen gestrichen und Nulllohn-runden gefordert.

Jeder von uns kennt Beispiele, wo Menschen ohne eigene Schuld ihren Job verlieren oder arm sind. Und selbst wer Glück hat und davon (noch) verschont bleibt, leidet unter Umweltzerstörung und wachsender Unsicherheit. Die Probleme betreffen längst nicht mehr nur "Randgruppen" sondern sind allgegenwärtig und dominant.

Gute Idee, nur falsch umgesetzt?

Aber nein, hören wir, Kapitalismus oder wahlweise Marktwirtschaft das ist eine gute Sache, nur wurde er falsch umgesetzt. Da wird dann über "Turbo" oder "Casino"-Kapitalismus philosophiert und darüber, dass "das Finanzkapital" kontrolliert werden muss. Es stimmt - in den letzten Jahrzehnten gab es immer weniger Spielregeln. Ein bisschen mehr an Kontrolle wäre fein - würde aber an den Grundwidersprüchen die es im Kapitalismus gibt nichts ändern. Eine klei-



ne Minderheit bereichert sich auf Kosten der großen Mehrheit. "Wenn's der Wirtschaft gut geht, geht's uns allen gut" ist hohles Gewäsch. Trotz Gewinnen sollen wir die Krise bezahlen! Aber zur Zeit ist die Lage halt schwer, wegen der Krise - so das Standardargument. Die jüngste Insolvenzstatistik des Kreditschutzverbandes zeigt es: nicht "die Krise" ist schuld am Firmenbankrott. Nur ganz wenige Konkurse gab es 2009 wegen der "Kreditklemme" oder weil Kunden ausfielen (2%). Die meisten Insolvenzen waren "Eigenbau". Das bedeutet: die Unternehmen, die sich ihr angebliches "Risiko" teuer bezahlen lassen, sind ziemlich unfähig. Hochbezahlte SpekulantInnen haben die aktuelle Krise ausgelöst, hochbezahlte PolitikerInnen stehen ratlos vor den Scherben. Und wir sollen das alles ausbaden?

Die Medizin ist bitter - aber wirkungslos

Die Regierung führt einen wahlbedingten Eiertanz auf. Es ist klar, dass sehr viel gekürzt wird - wo genau, das wird bis nach den Wahlen in Wien und der Steiermark geheim gehalten. Sicher ist: es wird bei den Jungen, den Alten, den Kranken, den ArbeitnehmerInnen, den Arbeitslosen gekürzt. Die Maßnahmen werden die Krise nicht beenden, legen keine Basis für eine rosige Zukunft, sondern werden v.a. ein Ergebnis haben: wer hat, hat nachher mehr, wer wenig hat,

hat nachher noch weniger. Im Herbst wird die Regierung nicht nur bekannt geben, wo sie uns das Geld wegnehmen will. Sie wird sich auch mit Unmut und Widerstand konfrontiert sehen.

Verlogen ist es, wenn Pröll meint, es gäbe nicht genug Superreiche, um sie für die Krise zahlen zu lassen: Rund 70.000 MillionärInnen in Österreich besitzen laut Vermögensreport 2009 zusammen ca. 210 Mrd. Euro. Mehr als genug Geld für eine kräftige Umverteilung von oben nach unten. Nur ist keine der Parlamentsparteien bereit, eine echte Umverteilung auch nur anzusprechen. Zwar hängen sich alle ein soziales Mäntelchen um, manche ein bisschen mehr, manche weniger. Aber keine von ihnen rüttelt an den Grundfesten des Kapitalismus.

Kapitalismus ist ein Übel, kein Naturgesetz

Laut einer BBC-Umfrage sind 89% der Menschen weltweit der Meinung, dass Kapitalismus nicht funktioniert. Und das obwohl die Propaganda uns weiß machen möchte, es gäbe nichts besseres – bzw. nichts anderes. Dabei sollten wir eines nicht vergessen: die Schwerkraft ist ein Naturgesetz, der Kapitalismus ist es nicht. Er ist nicht die "natürliche" oder "logische" und ganz sicher nicht die "beste" Form wie menschliches Zusammenleben und die

Wirtschaft organisiert werden kann. Es gibt Alternativen zu Stellenabbau und Arbeitslosigkeit. Es muss keine Armut und Unterdrückung geben. Umweltzerstörung und Kriege sind nicht normal. Wir haben uns Besseres verdient und besseres ist möglich.

Die Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn ist eine demokratisch organisierte Gesellschaft in der es nicht um Profite, sondern um menschliche Grundbedürfnisse geht: um eine spannende Ausbildung, einen interessanten und sicheren Job, ein friedliches Miteinander, soziale Absicherung auch bei Krankheit und im Alter, eine saubere Umwelt und die Zeit und Möglichkeit mit FreundInnen und Familie auch ein Leben jenseits der Arbeit zu haben. Eine solche – sozialistische – Zukunft kommt aber auch nicht automatisch. Wir müssen sie erkämpfen!

Veranstaltung

Kämpfen wie in Griechenland

mit Willi Mernyi, Leiter des Referats für Kampagnen im ÖGB und Karin Hinteregger, Stabstelle des ÖGB für Internationales

Mittwoch 11. August. um 19.00

"Pizzeria La Piazza"
Wien 20, Gaussplatz 7



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

AsylwerberInnen sind...

...teuer, kriminell, integrationsunwillig... So die gängigen Vorurteile bzw. bewusst geschürten Lügen. Die sich allerdings bestenfalls mit manipulierten Statistiken "beweisen" lassen.

...praktisch! Nämlich für Ultra-Ausbeutung. Eine Gruppe von verzweifelt nach Arbeit suchenden Menschen ohne Rechte. Da gibt's keine lästigen Kündigungsfristen, keine Kollektivverträge, kein Aufmucken. Sie können als TagelöhnerInnen zu Hungerlöhnen beschäftigt werden, ganz wie es der Markt verlangt. Und weil die österreichischen Beschäftigten um die billige Konkurrenz wissen, sind sie auch bereit, billiger zu arbeiten.

...Sündenböcke. Leicht lässt sich mit den paar AsylwerberInnen von Wesentlichem ablenken. Hat die Regierung keine Antwort auf die explodierende Arbeitslosigkeit, wird flugs über das "Asylproblem" debattiert. Will die FPÖ von ihrem ultra-rechten Rand ablenken, bricht sie eine Diskussion über die "integrationsunwilligen Ausländer" vom Zaun. Braucht die Regierung ein Argument für die Aufrüstung von Polizei und Heer, um gegen künftige Arbeitskämpfe gerüstet zu sein, erscheint rasch eine Studie, die die "Sicherung der Außengrenzen" fordert. Zwischen Fekter und Faymann ist der Unterschied minimal. Die scheinbare SPÖ-Betroffenheit angesichts des "Falles Zogaj" ist verlogen - hat die SPÖ doch allen gesetzlichen Verschlechterungen für Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zugestimmt.

...v.a. aber Menschen! Das vergessen wir angesichts der nackten Zahlen oft. Menschen aus Kriegsgebieten, aus Regionen, die durch profitgierige Konzerne zerstört wurden, Menschen die ums nackte Überleben kämpfen. Es sind Frauen, die vergewaltigt wurden. Männer, die vor Krieg und Hunger geflüchtet sind. Junge Menschen, die für sich und ihre daheim gebliebene Familie die einzige Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft sind. Familien, die mit nichts als dem allernötigsten geflüchtet sind, um am Leben zu bleiben. Menschen, die hier eingesperrt und pauschal verurteilt werden. Denen grundlegende Rechte verweigert werden. Hinter jeder Zahl steht ein dramatisches menschliches Schicksal. Die Familie Zogaj ist nur eines von sehr, sehr vielen ähnlichen Beispielen. Das Verbrechen, dass sie begangen haben ist, eine bessere Zukunft für sich und ihre Familie zu wollen. Wenn das ein Verbrechen ist, dann gibt es auf diesem Planeten sechs Milliarden Verbrecher. Willkommen im Club!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Wahlkampfschmäh oder Kurswechsel?

SPÖ: Die Wiederentdeckung des Sozialen

von Franz Neuhold, SLP-Wien

In ganz Europa rollen Kürzungsanriffe. Dies geschieht unabhängig davon, welche Farben die jeweiligen Regierungsparteien tragen. Im Herbst steht für Österreich mit dem Doppel-Budget von SPÖVP der nächste Wahnsinn an. Vorher gilt es noch in Wien und der Steiermark Wahlen zu schlagen. Betrachten wir vor diesem Hintergrund den „Linksruck“ der SPÖ und diverse „linke Initiativen“.

Linksruck am Parteitag?

Es zitterte die Glaspyramide in Vösendorf, als SPÖ-Chef und Kanzler Faymann am Parteitag am 12. Juni gegen die ÖVP und den Neoliberalismus wetterte. Land auf, Landab schrieben die Zeitungen danach von einem „Linksruck“ der SPÖ. SJ-Vorsitzender Moitzi meint sogar: „Ich danke allen für den Kurswechsel“. Gibt es tatsächlich ein Umdenken in der SPÖ? Bei näherem Hinsehen ist der vermeintliche Linksruck rasch entzaubert. Denn an der grundlegend pro-kapitalistischen Politik der SPÖ und der konkreten Regierungspolitik ändert sich nichts. Der soziale Kahlschlag im Herbst wird nicht in Frage gestellt. Im ganzen Leitartikel gibt es keinen Satz dazu, WIE soziale Verbesserungen erreicht werden können. Es bleibt also bei zahnlosen Wünschen ans Christkind. Es wird lediglich PR-wirksam aus einzelnen Fragen (z.B. EU-Finanztransaktionssteuer) ein „Linksruck“ fabriziert. Dieser populistische und scheinbare „Linksschwenk“ von Faymann ist unglaublich: Weder betrifft es Änderungen bei Themen wie (Staats-)Rassismus oder „law & order“, noch gibt es irgendwelche Schritte, diese neoliberale Regierungsarbeit bzw. Koalition zu beenden oder soziale Bewegungen von ArbeiterInnen und Erwerbslosen anzustoßen.

Dennoch gibt es wohl unter manchen Hoffnungen in eine echte Linksentwicklung. Ein guter Teil davon wird aufgrund der Erfahrungen mit der SPÖ in den letzten 20 Jahren jedoch keiner blinden Illusion anhängen, sondern abwarten und mit der Möglichkeit rechnen, wieder einmal betrogen zu werden. Auch muss gesagt werden, dass es mittlerweile mindestens ebenso viele Menschen gibt, die keinerlei Hoffnungen

mehr in eine "Erneuerung" der SPÖ setzen.

Taktik gegen interne Linke?

Faymanns viel zitierte Rede gegen die „Verursacher der Krise“ soll über die reale Politik der SPÖ hinwegtäuschen. Das wahltaktische Links blinken zeigt aber auch, wie zahnlos die linke Opposition in der SPÖ ist. Die Parteiführung hat keineswegs die Forderungen der Linken übernommen, aber weil diese so zahnlos ist, hat schon das bisschen Links blinken ihr das Wasser abgegraben.

Das Auftreten der SPÖ-Linken (im allgemeinen und im besonderen der Aktion "SPÖ-Linke") am Parteitag im Juni war eine mehr als zahnlose Angelegenheit. Angesichts der sozialen Dramatik und jahrelanger neoliberaler und rechter Politik durch die SPÖ wäre entschlossene und kämpferische Opposition nötig gewesen. Eine echte Polarisierung zwischen der rechten Parteiführung einer Parteilinken hätte z.B. durch eine/n Gegenkandidaten/in mit einem wirklich sozialistischen Programm erreicht werden können. Stattdessen verteilte die SJ Taferl für die Reichenbesteuerung, lies aber Androsch ungeschoren. Die SPÖ-Linke (u.a. die Strömung "Funke") überreichte als Höhepunkt dem „lieben Werner“ einen "SCHUTZBRIEF - Die Unfall-Vorsorge". Die SPÖ-Führung integriert geschickt die linken KritikerInnen, gibt ihnen Raum zur Debatte wie z.B. durch die SJ-Denkfabrik, oder in Oberösterreich durch das Projekt morgen.rot. Sie sollen Morgenluft wittern, auf einen Kurswechsel hoffen – und bei den kommenden Wahlen wieder fleißig für die SPÖ Wahlkampf machen. Brav vermittelt die "SPÖ-Linke" in ihren eigenen Texten den Eindruck, dass es eine realistische Möglichkeit gäbe, dass "die SPÖ in Oberösterreich, aber erst recht die Bundespartei im Herbst an der Spitze des Kampfes gegen die Sparpakete" stehen könnte. Im Gegenteil wird die SPÖ die Sozial-Angriffe gemeinsam mit der ÖVP gegen ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose fahren. Die Pläne liegen in den Schubladen bereit!

Es braucht eine Alternative

Sowohl in der SPÖ als v.a. unter Ge-



werkschafterInnen gibt es immer mehr, die sehnsüchtig nach Deutschland schauen, wo es mit der Partei "Die Linke" eine Alternative gibt. Jene, die nun Hoffnungen in einen Linksruck der SPÖ haben, werden spätestens im Herbst bitter enttäuscht werden. Die Frage, die sie sich stellen müssen ist, ob sie aus Parteitreu auf Widerstand verzichten, oder Teil von sozialen Bewegungen und Kämpfen werden, die sich gegen die Politik der SPÖ richten werden. Aus diesen Kämpfen aber können sich Ansätze für eine echte kämpferische Alternative zur SPÖ entwickeln. Geschieht das nicht, wird das Feld des Unmuts einmal mehr der extremen Rechten überlassen.

Veranstaltung

*Sozialistische Steuerpolitik
einst und jetzt
– vom Roten Wien
ist nichts übrig*

mit Otto Farny - Steuerexperte der
Arbeiterkammer

Mittwoch 4. August um 19.00

„Pizzeria La Piazza“
Wien 20, Gausplatz 7

Armut per Gesetz

Mogelpackung Mindestsicherung

von Markus Klostermann, SLP-Salzburg

Mit 1. September soll die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ eingeführt werden. Dies betrifft etwa 270.000 Menschen - Grund genug sie unter die Lupe zu nehmen.

Die Mindestsicherung soll die bisher von den Bundesländern in unterschiedlicher Höhe ausbezahlte Sozialhilfe und die Notstandshilfe ablösen und maximal 744 Euro pro Monat betragen. ÖVP, FPÖ, BZÖ und WirtschaftsvertreterInnen tun das Vorhaben als "soziale Hängematte" ab. Von der SPÖ wird sie als wirksames Instrument zur Armutsbekämpfung gepriesen. Da der Betrag deutlich unter der Armutsgrenze von 951 Euro liegt, sind beide Aussagen falsch.

Getarnte Verschlechterungen

Die wenigen positiven Ansätze, wie die gesetzliche Krankenversicherung, können nicht über zahlreiche Verschlechterungen hinwegtäuschen. In vielen Fällen wird die Umsetzung der Mindestsicherung Kürzungen im Vergleich zur Sozialhilfe mit sich bringen (sie-

he www.armutskonferenz.at). Darüber hinaus besteht die Möglichkeit einer kompletten Streichung, wenn man nicht bereit ist, so gut wie jede Arbeit anzunehmen. Akzeptiert werden müssen u.a. täglich mehrere Stunden Fahrzeit zum Arbeitsplatz. Auch fehlende Kinderbetreuung ist kein Grund einen Job abzulehnen. Das Modell ist ähnlich wie in Deutschland Hartz IV, das katastrophale Auswirkungen hat. Arbeitslosigkeit ist das Resultat von fehlenden Jobs, von massivem Stellenabbau und Hungerlöhnen – und nicht von „Faulheit“. Die „Mindestsicherung“ ist ein Versuch, den Ärmsten die letzte staatliche Versorgung zu nehmen. So viel zum Thema „Sicherheit“.

Außerdem wird die Mindestsicherung an ein Transparenzkonto gebunden. Dieses soll aufliste, wie viel Geld jemand vom Staat erhält. Es soll BezieherInnen ein schlechtes Gewissen einreden und ist der Ansatz für weitere Kürzungen.

Armut bekämpfen aber richtig!

Der Handlungsbedarf zur Armutsbekämpfung ist groß und steigt mit dem Voranschreiten der Wirt-

schaftskrise. 12,4 % der österreichischen Bevölkerung (rund 1 Mio.) sind armutsgefährdet. Etwa die Hälfte davon ist akut von Armut betroffen und 300.000 Menschen stehen monatlich nur 600 Euro zur Verfügung. Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit wird in Zukunft weiter zunehmen - wie positioniert sich der ÖGB? Anstatt den gemeinsamen Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu organisieren, wird Werbung für die Mindestsicherung gemacht. Dabei wird sie als sozialer Fortschritt gefeiert, was jedoch vollkommen an der Realität der Betroffenen vorbeigeht.

Die Sozialistische Linkspartei lehnt die „Mindestsicherung“ in ihrer jetzigen Form ab. Sie bedeutet als Gesamtpaket deutliche Verschlechterungen für Arbeitslose und Arme. Wir fordern echte Maßnahmen, die strukturell Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen:

- ▶ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich
- ▶ Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto
- ▶ Unbefristete Auszahlung des Arbeitslosengeldes von mindestens 1.200 Euro
- ▶ Keine Schikanen und Repressionen gegen Arbeitslose

Streiken – ja dürfen's denn das ...? Teil III

Gemeinsam sind wir stark

von Wolfgang Fischer, SLP-Wien

Die Wirtschaftskrise hat die Widersprüche des Kapitalismus wieder zurück an die Oberfläche gebracht. Der Klassenkampf wird offen geführt – zumindest von oben. Sozialpartnerschaft bedeutet in diesen Zeiten: Verschlechterungen werden von den Gewerkschaften kampfflos hingenommen – noch dazu ohne die Mitglieder überhaupt zu fragen. In vielen Ländern wird die Frage aber bereits anders aufgeworfen: Wie können Kürzungen wirklich verhindert und Auseinandersetzungen gewonnen werden. Dazu ist der Aufbau demokratischer Strukturen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene ein ganz zentraler Punkt.

Die Wut der ArbeiterInnenklasse über die Angriffe ist enorm und berechtigt. Doch die Gewerkschaftsführung reagiert darauf häufig bestenfalls mit symbolischen Aktionen zum Dampfblasen. Das kann Kämpfe zwar vorübergehend lähmen – aber auf Dauer den Protest nicht verhindern. Werden die Kämpfe nicht von Gewerkschaften organisiert, greifen die ArbeiterInnen teilweise individuell zu Aktionen. Extremste Beispiele dafür sind die Selbstmordwellen unter Beschäftigten in französischen bzw. chinesischen Betrieben.

Pseudoradikale StellvertreterInnen

Wenn ArbeiterInnen mit ihrer Wut und Verzweiflung allein gelassen werden, scheinen „radikale“ Antworten – abseits breiter und kollektiver Aktionsformen (Streiks, ...) manchmal die Lösung. Hier setzen die in Südeuropa relativ starken anarchistischen bzw. autonomen Gruppen an. Einzelne AktivistInnen setzen „ihre“ Aktionen die Konsequenzen für die gesamte Bewegung haben. Während des griechischen



Generalstreiks am 5. Mai 2010 wurden bei einer Demonstration in Athen Brandsätze auf eine Filiale der Marfin Bank geworfen – in Folge starben drei Bankbeschäftigte. Dass es Gerüchte gibt, dass diese Aktion auch von der Regierung oder rechten Kreisen gesteuert gewesen sein könnte, spricht in Wirklichkeit auch Bände über die „anarchistischen“ oder „autonomen“ Methoden. Unschuldige mussten sterben, die Bewegung erhielt einen enormen Rückschlag. Es mag vielleicht mühsamer sein, konsequent die Bewegung und eine linke Opposition in den Gewerkschaften aufzubauen, als ein paar Brandsätze zu schleudern. Doch letztlich ist dieser Weg alternativlos.

Untätigkeit der Gewerkschaften

Auf der anderen Seite sehen heute Teile der Gewerkschaftsführungen ihre Aufgabe „bestenfalls“ als die einer sozialpartnerschaftlichen Schlichtungsstelle, statt aktiv mit den Beschäftigten einen Kampf gegen Kündigungen, Werksschließungen oder Lohndumping zu führen. Auch diese Art von Stellvertreterpolitik ist eine

Sackgasse, da sie sich den kapitalistischen Sachzwängen der UnternehmerInnen beugt und durch diese Standortlogik ArbeiterInnen entlang nationalistischer Grenzen gespalten werden.

Demokratische kollektive Strukturen – das bringt's!

Demonstrationen, Streiks, „Bossnapping“ oder Betriebsbesetzungen sind notwendige Kampfformen der ArbeiterInnen gegen die Angriffe der herrschenden Klasse. Sie werden in Zukunft zunehmen – entweder mit der Gewerkschaft aber auch ohne sie. Die oft bei ökonomischen Forderungen beginnenden Auseinandersetzungen (Verhinderung von Schließungen, etc.) erreichen schnell auch eine politische Dimension, in der die Macht- und Verteilungsfrage sowie das kapitalistische System in Frage gestellt werden. Um erfolgreich zu sein brauchen Arbeitskämpfe die aktive Beteiligung der Beschäftigten, der Angehörigen, der Gewerkschaft, der Betroffenen. Gerade in Zeiten der Krise, wo Arbeitskämpfe sich auch mit ver-

schärfter Repression konfrontiert sehen, müssen die KollegInnen geschlossen und entschlossen zusammen stehen. Das funktioniert aber nicht per Dekret von Oben.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, ArbeiterInnen in ihren Kämpfen bestmöglich zu unterstützen, statt sie zu bevormunden. Ganz zentral ist hier die Umsetzung demokratischer Grundprinzipien.

- ▶ Streikkomitees müssen die Beschäftigten aus ihrer Mitte wählen – aber auch wieder abwählen können.
- ▶ Wichtige Forderungen, Verhandlungsergebnisse oder eine Verlängerung von Kampfmaßnahmen müssen auf betrieblicher (oder auch gewerkschaftlicher) Ebene diskutiert und abgestimmt werden.
- ▶ Geheimverhandlungen nutzen nur den Unternehmen – die VertreterInnen der Beschäftigten haben nichts zu verstecken, sie stehen für 100%ige Transparenz.
- ▶ Auch die Kommunikation nach „außen“ darf nicht den bürgerlichen Medien überlassen werden, sondern muss in Form von Flugblättern, Demos oder Streikzeitung selbst organisiert werden. Beim Veloce-Streik 2004 wurden Streik-VertreterInnen gewählt und Kampfmaßnahmen unter den FahrradbotInnen zentral abgestimmt. Die Information der KundInnen über die Hintergründe des Streiks übernahmen die BotInnen selbst.

GewerkschafterInnen beschwerten sich oft darüber, dass die KollegInnen „nichts tun“. Das liegt v.a. daran, dass sie die Gewerkschaft nichts tun lässt, bzw. sie meistens zu StatistInnen und ZuhörerInnen macht. Nur wenn es mein Kampf ist, ich mitreden, mitentscheiden kann dann stehe ich voll dahinter.

Europaweite Angriffe gegen Öffentlichen Dienst

Prügelknabe Öffentlicher Dienst

von Herbert Wanko, SLP-Wien

Schon die ersten Auswirkungen der Wirtschaftskrise wie Kurzarbeit, Massenkündigungen und Explosion der Arbeitslosenzahlen müssen die ArbeitnehmerInnen tragen. Und auch jetzt werden sie wieder zur Kasse gebeten. Ganz unter dem Motto: „Alle müssen einen Beitrag leisten, nur nicht die Banken und Konzerne.“

Sozial- und Gesundheitsbereich). Dazu gehören auch besonders schwere bzw. unangenehme Jobs bei der Müllabfuhr, Kanalräumung, in Kindergärten, bei der Polizei, etc. Viele der PensionistInnen wurden als „nicht mehr brauchbar“ in Pension geschickt.

Auch die Gehaltssituation sieht bei weitem nicht so rosig aus, wie es dargestellt wird. KindergärtnerInnen verdienen jährlich durchschnittlich 18.600.-, Diplom-Krankenpfleger-

Im Visier sind v.a. die KollegInnen im Öffentlichen Dienst. Bis zu 30% Gehalts- und Pensionskürzungen stehen in einigen europäischen Ländern an. Auch die österreichische Regierung plant Angriffe. Erst kommt der Öffentliche Dienst, dann sind wir alle dran.

Im Visier sind v.a. die KollegInnen im Öffentlichen Dienst. Bis zu 30% Gehalts- und Pensionskürzungen stehen in einigen europäischen Ländern an. Auch die österreichische Regierung plant Angriffe. Erst kommt der Öffentliche Dienst, dann sind wir alle dran. Um Solidarität unter den Lohnabhängigen von vornherein zu unterbinden, werden die KollegInnen im öffentlichen Bereich von den bürgerlichen Medien als „überbezahlte, nichtstuende Schmarotzer“ dargestellt, die mit 50 Jahren in Pension gehen. Ja, Beamte haben einen erhöhten Kündigungsschutz und verdienen teilweise etwas mehr als die Hungerlöhne der Privatwirtschaft. Ist das schlecht? Nein, es sollte für alle ArbeitnehmerInnen gelten.

Status Quo

Gerade mal die Hälfte der fast 450.000 öffentlich Bediensteten sind noch Beamte. Der Rest sind Vertragsbedienstete, die in oft schlecht bezahlten, befristeten Arbeitsverhältnissen mit hohem Stresspotential stecken (die höchste Burnout-Gefährdung haben Beschäftigte im

Innen 32.000.- und selbst AbteilungsleiterInnen liegen mit 43.100.- unter vergleichbaren Einkommen in der Privatwirtschaft. (Quelle: www.oe24.at vom 22.3.2010) Ganz zu schweigen von PolitikerInnen-Einkommen.

Für Verbesserungen kämpfen

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst GÖD hat in den letzten Jahren teilweise erfolgreich Verschlechterungen für Beamte verhindert. Daneben hat sie aber den miesen Arbeitsverträgen für die Vertragsbediensteten zugestimmt, anstatt für gleich gute Arbeitsbedingungen für alle zu kämpfen. Für den Herbst gilt es gemeinsam und solidarisch gegen alle Regierungsangriffe zu kämpfen. Stellenabbau muss nicht nur verhindert werden, sondern es müssen zusätzlich neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In Wien gibt es ca. 80.000 Arbeitsplätze die zum Öffentlichen Dienst gehören. Die SPÖ könnte also sofort durch eine Arbeitszeitverkürzung tausende Jobs schaffen. Doch auch hier liegen stattdessen die Sparpläne wohl schon in der Schublade...

Junge mit immer weniger Chancen

Jung, arbeitslos, sucht...

von Lisa Wawra, SLP-Wien

„Unsere Jugend ist die Zukunft“ tönen die PolitikerInnen. Man sollte also meine, die Jugend würde gefördert. Sieht man sich aber die Situation von Jugendlichen am Arbeitsmarkt oder in der Ausbildung an, so wird man eines Besseren belehrt. Die Unternehmen klagten über Facharbeitermangel. Gleichzeitig werden immer weniger Lehrstellen angeboten. Jugendliche warten oft Monate auf eine Lehrberuf. Allein im Mai kamen auf 4.276 Lehrstellensuchende ganze 2.911 offene Lehrstellen. Die Entscheidung für eine Lehrstelle orientiert sich immer weniger danach, was man gerne machen würde, sondern mehr danach, wo es Jobaussichten gibt. Ein großer Teil lernt also einen Beruf, der ihn/sie gar nicht interessiert.

Krisenjahr 2009

Die Zahl der Arbeitslosen stieg 2009 massiv an. Am stärksten betroffen waren Jugendliche von 15-25 Jahren, mit einem Anstieg zum Vorjahr um 30%. Das Rezept der Regierung: Den Kündigungsschutz aufweichen und Prämien an Firmen verteilen. Das schafft keine Lehrstellen. Auf die Idee die Firmen zur Kasse zu bitten, die keine Lehrlinge einstellen wollen, bzw. Lehrstellen im öffentlichen Dienst zu schaffen, kommt die Regierung nicht.

Je höher die Bildung, desto sicherer ein Job? Jeder hat es in den Ohren: Wenn du studierst, hast du sicher einen Job. Mittlerweile sieht es aber auch hier anders aus. Zwar sinkt mit steigendem Bildungsgrad das Risiko arbeitslos zu werden. Aber 2009 stieg die Arbeitslosigkeit gerade bei den AkademikerInnen mit +14% im Vergleich zu 2008 am höchsten.

Generation Praktikum

PraktikantInnen sind ideale Arbeitskräfte: Sie



sind billig, der Andrang ist groß, und kaum jemand weiß über seine/ihre Rechte Bescheid. Von der Wirtschaft wird diese Situation schamlos ausgenutzt. Rein rechtlich hat ein PraktikantIn Anspruch auf Mindestlohn laut Kollektivvertrag. PflichtpraktikantInnen bekommen meist wenig bis nichts für ihre Arbeit. Das geht soweit, dass manche Verzweifelten sogar für das Praktikum bezahlen.

Jetzt kämpfen für die Zukunft

Die Unternehmen greifen in der Krise ArbeitnehmerInnenrechte an. Anstatt mit kämpferischen Aktionen für eine Verbesserung der Situation der Jugend einzutreten setzt die Gewerkschaftsjugend auf eher laue Kampagnen. Kein Wunder, dass kaum Jugendliche in der Gewerkschaft organisiert sind. „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ (Lenin) gilt auch für die Gewerkschaft. Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und sichere Jobs muss die Gewerkschaft erkämpfen, dann hat sie nicht nur junge Mitglieder und AktivistInnen, sondern eine Zukunft!

Heute wie damals: „ArbeiterInnen

Seit 2008 befindet sich die Weltwirtschaft in der tiefsten Krise seit den 1920er Jahren. Fast täglich ziehen ÖkonomInnen und Medien – nicht zu unrecht – Parallelen zwischen diesen beiden Perioden. Angesichts solcher Vergleiche ist es für Linke und GewerkschafterInnen an der Zeit, ebenfalls einen Blick in die Geschichte zu werfen: Die Krise der 20er und 30er Jahre war nämlich eine Periode von Massen- und Klassenkämpfen. Vor allem wurden aber auch verschiedene Konzepte und Programme diskutiert, wie diese Bewegungen in der Phase des Niedergangs des Kapitalismus erfolgreich sein können. Angesichts des 70. Todestages des Revolutionärs Leo Trotzki haben wir uns dessen „Übergangsprogramm“ genauer angesehen. Schnee von gestern oder brandaktuell?

von Margarita Döller, SLP-Wien

Der geschichtliche Hintergrund: Das Übergangsprogramm wurde gewissermaßen am Beginn der finalen Phase der Krise geschrieben; eine Krise, die seit dem Ende der 1920er andauerte und weder durch den „New Deal“ in den USA, noch durch den Faschismus (trotz dessen Propaganda) nachhaltig überwunden wurde. Der Lebensstandard der Massen war für eine ganze Periode gesenkt worden. Die Welt steuerte in Richtung Krieg, Vernichtung und Chaos. Die Rahmenbedingungen einer „Fair teilen“-Debatte (Copyright ÖGB) beschrieb Trotzki sowohl nüchtern wie radikal: Nämlich als beinhaltenden Verteilungskampf.

„Unter den Bedingungen der sozialen Krise des ganzen kapitalistischen Systems laden die Konjunkturkrisen den Massen immer größere Entbehrungen und Leiden auf. Sie sind gezwungen, ihr Stück Brot zu verteidigen, wenn sie es schon nicht vergrößern oder verbessern können.“

(Alle Zitate aus dem „Übergangsprogramm“)

Im Vergleich zur Situation 1938 steckt die heutige Krise erst in den Kinderschuhen. Eine zweite Welle der Bankenkrise kündigt sich bereits an. Die Staatsverschuldungen erreichen 80% des Bruttoinlandsprodukts der gesamten EU! Sollten also Staaten trotz aller Rettungspakete den Staatsbankrott ankündigen, dann hat das verheerende Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft. Die Wirtschaftsprognosen sehen schon vorher nicht rosig aus. Die Weltwirtschaft könnte 2010 laut IHS um 1% zurückgehen, dass wäre der erste Rückgang seit 1945. In Österreich ist die Rede von einem Wachstum von gerade 0,5%. Gleichzeitig werden das Budgetdefizit auf 4% und die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen.

Die Wirtschaftskrise hat in Ländern wie Griechenland – aber auch in ganz Osteuropa – zu einer tiefen sozialen Krise geführt. Die Kämpfe dort zeigen, dass es für Viele bereits um ihre Existenz geht. In Griechenland wurde der Mindestlohn für ArbeitnehmerInnen, die neu anfangen, von 740 auf 590 Euro brutto herabgesetzt! Seit Jahresbeginn sind die Einkommen im öffentlichen Dienst um bis zu 35% gesunken. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 27% und PensionistInnen müssen mit ca. 600 Euro im Monat auskommen. Die Lebenshaltungskosten sind aber nicht geringer als bei uns, sondern z.T. noch höher. Diese Zahlen veranschaulichen, dass es nicht um Luxus, sondern ums Existenzielle geht.

„In allen Ländern ist das Proletariat von tiefer Angst erfasst. Millionenmassen bewegen sich ohne Unterlass in Richtung auf den Weg revolutionärer Ausbrüche.“

1938 waren diese Zeilen eine Bestandsaufnahme bzw. auch eine Rückschau auf ein Jahrzehnt heftiger Klassenkämpfe. Und heute? Die Liste der Proteste auf den verschiedenen Erdteilen in den letzten Monaten ist lang, selbst wenn sich in vielen Ländern noch nicht die „Millionenmassen“ beteiligen. Die Angst und der Unmut über das Versagen des Kapitalismus hat breite Teile der Bevölkerung freilich längst erreicht. Die Kri-

tik an einer „Krisenbewältigung“ die das Geld von den Massen zu den Banken und Konzernen schaufelt ist heute unüberhörbar geworden. Aber in einigen Teilen der Welt steht heute die Systemfrage bereits an der Tagesordnung. Im April kam es zu revolutionären Bewegungen in Kirgistan. Die korrupte Regierung wurde abgesetzt, aber mangels Alternativen durch eine „ähnlich“ korrupte Elite ersetzt. Die Menschen waren bereit, ihr Leben für Veränderungen zu geben und forderten die Verstaatlichung der Betriebe und die Auszahlung der ausständigen Löhne. Viele AktivistInnen wurden im Kampf getötet oder verletzt. Die provisorische Regierung setzte die Forderungen z.T. um. Sie kaufte Unternehmen zurück, teilte den Gewinn aber unter sich auf, anstatt Löhne auszuzahlen. Weil die sozialen Probleme nicht gelöst werden gelangen jetzt ethnische Spannungen wieder an die Oberfläche und das Land versinkt im Bürgerkrieg. Ganz im Sinne der Regierung, die durch das Vorantreiben der Spaltung der Bevölkerung ihre Macht sichern will.

Nicht nur in Kirgistan, international gärt es. Trotz des Fehlens von ArbeiterInnenparteien heute, können Bewegungen entstehen und auch einen revolutionären Charakter annehmen. Bewusstsein entwickelt sich nicht linear, sondern in Sprüngen und auch mit Rückschlägen und auch ohne das Bestehen einer revolutionären Partei. In Österreich mag das für viele noch unvorstellbar sein. Aber wer hätte sich vor einem Jahr gedacht, dass Menschen, die gegen Kürzungen auf die Straße gehen, davon sprechen, dass eine sozialistische Revolution notwendig ist, wie in Griechenland! Das ArbeiterInnen Bosse gefangen halten, um ihre Jobs zu verteidigen! Dass sie Betriebe besetzen! All das ist heute „normal“.

„Aber jedesmal (wenn es Aufstände gibt, Anm.) werden sie von ihren eigenen konservativen bürokratischen Apparaten abgeblockt. Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung.“

Was in Kirgistan und vielen Ländern der Welt fehlt sind sozialistische Kräfte, die eine Alternative zum bestehenden System aufzeigen und den Kampf organisieren. Eine revolutionäre Partei ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg einer revolutionären Bewegung. Wenn es diese Bewegung oder Partei nicht gibt kommt es zu Rückschlägen, Revolutionen scheitern und der Kapitalismus bedient sich Mitteln wie Krieg oder Faschismus um im Sattel zu bleiben. Die kapitalistische Klasse schreckt vor nichts zurück, um ihre Macht zu sichern und das System zu verteidigen. Faschistische Diktaturen waren nach der Wirtschaftskrise der 1930-iger Jahre die Folge, weil die ArbeiterInnenbewegung durch die falsche Politik ihrer eigenen Organisationen (SPn und KPn) verraten und in die Irre geführt worden war.

Geschichte wiederholt sich nicht 1:1. Heute gibt es keine starken, „klassischen“ sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien mehr – sie sind entweder zusammengebrochen oder vollständig verbürgerlicht. Das wirft die Frage nach Alternativen noch drängender auf. Die Geschichte zeigt: Besonders in Zeiten der Krise können rechte Kräfte stärker werden,



Foto: Nikos Anastasiadis

wenn solche linke Alternativen versagen oder überhaupt fehlen. Das aktuellste Beispiel ist Ungarn. Die Wirtschaftskrise hat Ungarn früh getroffen. Es gibt derzeit keine Kraft, die sozialistische Antworten auf die Probleme gibt. Stattdessen kann die faschistische JOBBIK gewinnen. Ihre Vorfeldorganisation, die Ungarische Garde, hat den Charakter eines faschistischen Schlägertrupps und übt physische Gewalt gegenüber Roma, Sinti, JüdInnen, linken AktivistInnen usw. aus.

Auch in Österreich kommt uns das bekannt vor. Die FPÖ kann das Vakuum füllen, das die Verbürgerlichung der SPÖ hinterlassen hat. Jeder Erfolg der rechtsextremen FPÖ macht auch Neonazis selbstbewusster. SLP und CWI treten für den Aufbau neuer ArbeiterInnenparteien ein. Die Existenz einer solchen Partei an sich wäre schon ein Fortschritt; aber nicht ausreichend. Wir kämpfen daher für ein sozialistisches Programm in solchen Parteien – denn um der Krise des Kapitalismus wirklich etwas entgegenhalten zu können, braucht es keine neuen reformistischen Parteien, sondern sozialistische ArbeiterInnenparteien, deren Ziel der Sturz des Kapitalismus ist.

„Die Sowjetunion ist aus der Oktoberrevolution als ein ArbeiterInnenstaat hervorgegangen. Der Apparat des ArbeiterInnenstaates hat unterdessen eine völlige Entartung durchgemacht. Die Bürokratisierung eines rückständigen und isolierten ArbeiterInnenstaates und die Verwandlung der Bürokratie in eine allmächtige privilegierte Kaste sind die überzeugendste Widerlegung der Theorie des Sozialismus in einem Lande.“

Der russische Revolutionär Leo Trotzki widmete viel Zeit seines Lebens der Analyse der Ereignisse nach 1917 und war Gründer der Linken Opposition, die für sozialistische Demokratie in

der Sowjetunion kämpfte. Er kritisierte die stalinistische Degeneration scharf – und verteidigte die Errungenschaften der Oktoberrevolution, die die stalinistische Bürokratie noch nicht beseitigt hatte. Für uns als SozialistInnen ist es besonders wichtig, den Stalinismus genauer unter die Lupe zu nehmen, zu analysieren woran er scheiterte – und woran nicht.

Die SLP kämpft für ein Gesellschaftssystem, in dem nicht der Profit, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung im Vordergrund steht. Eine demokratisch geplante Wirtschaft, in der sich nicht einige Wenige auf Kosten der Anderen bereichern. Die Planwirtschaft an sich hat der Sowjetunion eine Entwicklung ermöglicht, die unter kapitalistischen Rahmenbedingungen nicht möglich gewesen wäre. Umgekehrt bedeutete die Wiedereinführung des Kapitalismus in vielen Bereichen ebenso einen Rückschlag. Nichtsdestotrotz besteht kein Grund, die Sowjetunion als sozialistisches Vorbild oder Modell zu betrachten. Der wichtigste Punkt zur Abgrenzung gegenüber einer stalinistischen Diktatur ist dabei die Frage der Demokratie. Die Bevölkerung muss bestimmen, was und wie viel produziert, gebaut etc. wird. Sowjets (Räte) sind die zentralen Verwaltungs- und Kontrollinstrumente. Sie werden in den Betrieben, der Nachbarschaft, Schulen, Unis etc. gegründet und von den Betroffenen gewählt und kontrolliert. Nur in einer demokratisch geplanten Wirtschaft können die Ressourcen zum Wohle der gesamten Menschheit eingesetzt werden. „Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff zum Atmen“ hat eine andere Sozialistin einmal gemeint. Der Stalinismus war in vielen Punkten die politische Antithese zum Programm von SozialistInnen: Schauprozesse gegen Revolutionäre statt (Räte-)Demokratie, Nationalismus statt Internationalismus, Privilegien für Wenige statt Gleichheit und Wohlstand für Alle (...).

„en aller Länder, vereinigt euch!“

„Man muss der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Das alte „Minimalprogramm“ wird ständig überholt vom Übergangsprogramm, dessen Aufgabe darin besteht, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren.“

Akzeptiert man die Grenzen des kapitalistischen Systems? Oder sind die Argumente der Gegenseite von den „Sachzwängen“ nicht vielmehr der Beweis dafür, dass wir – wenn wir unsere Interessen wahrnehmen wollen, diese Grenzen überwinden müssen. Diese Frage klar zu beantworten ist heute die wichtigste Aufgabe z.B. von SozialistInnen in Griechenland. Dass der Kapitalismus nicht funktioniert, haben viele Menschen am eigenen Leib erfahren. Nun ist es die zentrale Aufgabe, die aufgestellten Forderungen nach Verbesserungen und Reformen mit dem Kampf für ein sozialistisches System zu verbinden.

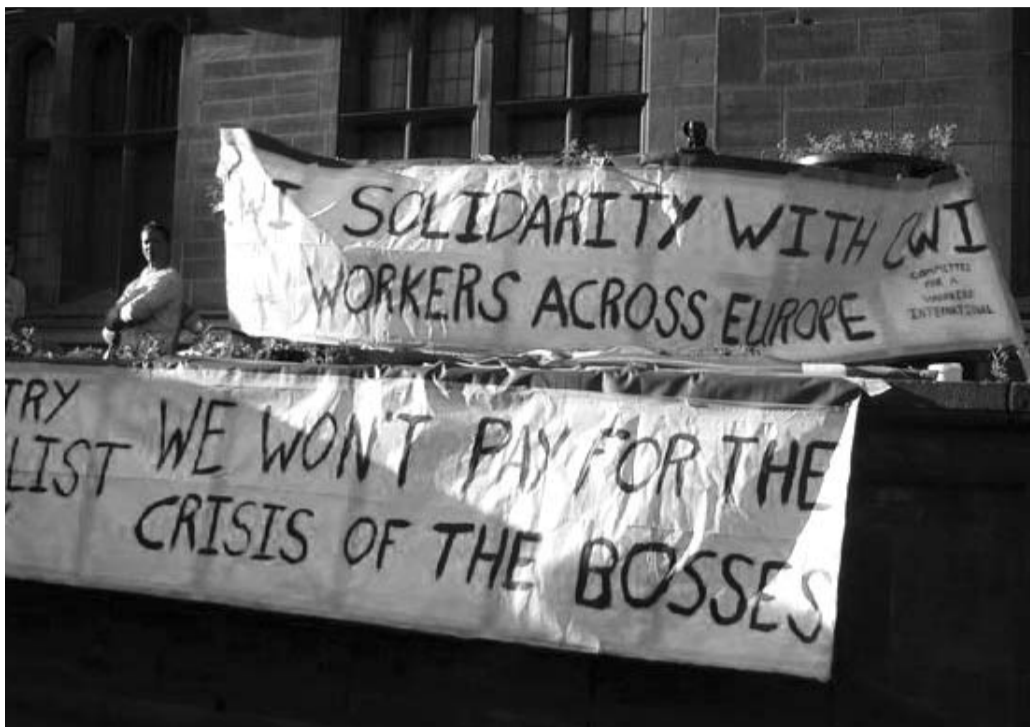
Viele linke Organisationen, z.B. SPÖ-Linke und KP, beschränkten sich in ihrem Programm darauf, Minimalforderungen aufzustellen. Von Sozialismus oder Revolution wird, wenn überhaupt, in Sonntagsreden gesprochen. Die Vorstellung, man könne mit Hilfe von Reformen einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz erschaffen, erscheint vielen Menschen natürlich verlockend, weil schmerzlos. Die Besteuerung von Vermögen oder Finanztransaktionen (zentrale Forderung der SPÖ-Linken) lösen aber keineswegs die Grundwidersprüche im Kapitalismus, die Ausbeutung, Massenarmut und Unterdrückung hervorbringen. Im Gegenteil: Sie können sogar als Feigenblatt dienen um gleichzeitig wesentlich größere Einschnitte bei ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und PensionistInnen durchzuführen.

Die SLP unterstützt jede Forderung nach einem gerechteren Steuersystem, nach Ausbau des Sozialbereichs, nach Arbeitszeitverkürzung u.v.m. Wir betonen dabei aber, dass diese Forderungen umfassend und dauerhaft nicht im Kapitalismus erreicht werden können und verbinden sie deshalb mit der Systemfrage. Wir stellen daher „Übergangsforderungen“ auf, die eine Brücke bauen zwischen der konkreten Wut von Menschen und der Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus.

„Die Bourgeoisie ist sich vollkommen klar darüber, dass der Klassenkampf in der gegenwärtigen Epoche unausweichlich in einen Bürgerkrieg umzuschlagen droht. Bei jedem Streik und jeder Straßendemonstration muss man die Notwendigkeit propagieren, ArbeiterInnenkommandos der Selbstverteidigung zu schaffen.“

Hans Werner Sinn (deutscher Star-Ökonom) sprach von Bürgerkrieg als einem der möglichen Szenarien für Griechenland, wenn die Kürzungen in der „notwendigen“ Härte fortgesetzt werden. In den letzten fünf Monaten gab es vier Generalstreiks und unzählige Streiks. Die Polizei und die Armee setzte Tränengas und Wasserwerfer ein. Es zeigt sich wie wichtig auch der Schutz von Streiks und Kundgebungen gegenüber der Polizei und Provokateuren ist (siehe dazu Artikel auf S. 3). Auch in Österreich haben wir mit verstärkter staatlicher Repression zu kämpfen. Linke Demonstrationen werden untersagt, eingekesselt und TeilnehmerInnen mit Strafen belegt. Die finanziellen Mittel für Polizei und Armee in Europa werden erhöht.

Es ist kein Zufall, dass das in Zeiten der Krise passiert. Die Zeit der Arbeitskämpfe gegen Fabrikschließungen, Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen wird auch in Österreich kommen und der bürgerliche Staat bereitet sich darauf vor. Die Betriebe werden mehr und mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen geraten. In anderen Ländern ist das bereits der Fall. In England und Nordirland kam es im Mai 2009 zu Betriebsbesetzungen bei Visteon, nachdem 560 Stellen gestrichen wurden und das Unternehmen Insolvenz anmeldete. In Glasgow



wurden etwa zeitgleich zwei Schulen von Eltern und Großeltern besetzt, weil Grundschulen und Kindergärten geschlossen werden sollten.

Wenn Universitäten, wie es im Herbst auch in Österreich der Fall war, Fabriken oder Schulen besetzt werden, dann wird sehr konkret die Eigentumsfrage gestellt. Die wirkliche Rolle des bürgerlichen Repressionsapparates gelangt dann ans Tageslicht: Verteidigung der kapitalistischen Ordnung mit allen Mitteln. Davor müssen wir uns schützen und deshalb brauchen wir dann Selbstverteidigungskomitees der ArbeiterInnen. Sie bestehen aus ArbeiterInnen, die sich im Arbeitskampf befinden, und SympathisantInnen und müssen von den Beschäftigten demokratisch gewählt werden. Ihre Aufgabe ist nicht nur eine „militärische“ sondern v.a. eine politische Verteidigung des Arbeitskampfes.

„Im Kampf für die Teil- und Übergangsforderungen benötigen die ArbeiterInnen mehr denn je Massenorganisationen, vor allem Gewerkschaften. In Perioden zugespitzter Klassenkämpfe bemühen sich die Gewerkschaften krampfhaft, der Massenbewegung Herr zu werden, um sie zu neutralisieren. In Zeiten des Krieges oder der Revolution, wenn die Lage der Bourgeoisie besonders schwierig wird, steigen die GewerkschaftsführerInnen gewöhnlich zu bürgerlichen MinisterInnen auf.“

Nicht nur in Griechenland, auch in Spanien, Portugal, Großbritannien, Deutschland gab es Streiks und Generalstreiks. Eines haben diese Streikbewegungen gemeinsam: Erst der Druck von unten zwingt die Gewerkschaftsführung zum Aufruf zu Streikmaßnahmen. Viele Gewerkschaftsdachverbände spielen in den sozialen Kämpfen eine bremsende Rolle, sie rufen zu Streiks nur auf, damit die Belegschaft Dampf ablassen kann.

In Österreich spielt der ÖGB eine besonders bremsende Rolle. Das erklärt sich aus dem staatstragenden Selbstverständnis und der jahrzehntelangen Sozialpartnerschaft. Er verteidigt das kapitalistische System. Wie Trotzki erklärt, stecken da auch bewusste Schritte seitens der Regierung dahinter, um so die ArbeiterInnenbewegung zu lähmen. „Unser“ derzeitiger Sozialminister Hundstorfer ist wohl das beste Beispiel. Er war früher ÖGB-Präsident und nimmt jetzt am Sozialabbau der Regierung teil. Hier zeigt sich auch deutlich, wie wichtig die Trennung von ÖGB und SPÖ ist. Hundstorfer verhindert nicht schlimmeres, wie oft behauptet, sondern betreibt aktiv Sozialabbau. Für die Rechte von ArbeitnehmerInnen eintreten und gleichzeitig FunktionärIn einer neoliberalen Partei: das ist ein Widerspruch in sich.

In Griechenland werden die RednerInnen der Gewerkschaftsführung auf Demonstrationen ausgebuht. Viele AktivistInnen haben schon in der Vergangenheit die Mitgliedschaft zurückgelegt, weil sie im Stich gelassen worden sind. Die

SLP ist der Meinung, dass die ArbeiterInnenbewegung kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die klar antikapitalistisch sind, braucht. Die SLP und andere linke Organisationen kämpfen innerhalb des ÖGB für eine Gewerkschaftspolitik, die den gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Kürzungen und für die Interessen der Mitglieder beinhaltet. Das steht im Widerspruch zur jetzigen ÖGB Spitze.

Wir unterstützen KollegInnen innerhalb und außerhalb des ÖGB, die kämpfen. Auch werden in Zukunft Bewegungen an der Gewerkschaftsspitze vorbei organisiert werden, die KindergärtnerInnen haben es bereits vor gemacht. Wütende KindergärtnerInnen bildeten ein Komitee (Kindergartenaufstand) und mobilisierten viele KindergärtnerInnen und linke Ge-

werkschaftsstrukturen für gemeinsame Aktionen. Die Spitze der Fachgewerkschaft sah sich, durch den erzeugten politischen Druck, gezwungen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen.

„Nur die frische Begeisterung und die Angriffslust der Jugend können die ersten Erfolge im Kampf sichern; nur diese Erfolge können die besten Elemente der alten Generation auf den Weg der Revolution zurückkehren lassen. So war es bisher und so wird es immer sein.“

Jede Aktion von SchülerInnen, StudentInnen oder PensionistInnen ist wichtig für die gesamte ArbeiterInnenbewegung. Sie zeigen den Menschen, wie Kämpfe konkret aussehen und organisiert werden können und bringen Selbstvertrauen. Jugendliche gehören vielerorts zu den revolutionärsten Schichten, weil es um ihre gesamte Zukunft geht. Sie können den notwendigen Elan mitbringen, um auch die arbeitenden Massen in den Kampf zu führen.

Die Hetze gegen die GriechInnen hat uns wieder einmal gezeigt, dass die Herrschenden in Europa alles daran setzten die ArbeiterInnenklasse zu spalten. Wir sollten uns im Gegenteil ein Beispiel an der griechischen Bevölkerung nehmen und europaweit den Kampf gegen Kürzungen und Rassismus organisieren. Die ArbeiterInnenbewegung braucht einen internationalistischen Standpunkt.

Die SLP ist davon überzeugt, dass eine revolutionäre Gesellschaftsveränderung weltweit den einzigen Weg raus aus der Krise darstellt. Nicht weil wir das Wort Revolution so toll finden, sondern weil der Kapitalismus auch mit ein paar Schönheitskorrekturen nicht funktioniert. Kapitalismus bedeutet immer wieder Krieg (Irak, Afghanistan), Umweltkatastrophen (BP), Rassismus, religiösen Fundamentalismus und soziales Elend. Das ist nicht die Zukunft, die wir wollen.

Leo Trotzki: 1879–1940

von Karin Wottawa, SLP-Wien

Trotzki wurde als Lew Dawidowitsch Bronstein 1879 in der heutigen Ukraine geboren. 1897 war er an der Gründung des „Südrussischen Arbeiterbunds“ beteiligt. In der sibirischen Verbannung kam er mit Lenins Schriften in Kontakt und traf ihn nach seiner Flucht in Paris. Es folgten Jahrzehnte der Zusammenarbeit.

Obwohl Trotzki sich 1904 ursprünglich der Fraktion der Menschewiki angeschlossen hatte, kämpfte er für die Einheit der Partei. 1905 war er ein Anführer der Revolution und Vorsitzender des ersten Sowjets. In der folgenden Debatte machte Trotzki klar, dass eine Revolution in Russland vom Proletariat geführt werden muss. In seiner „Theorie der permanenten Revolution“ führte er aus, dass gerade in einem wenig und spät industrialisierten Land keine starke unabhängige bürgerliche Klasse existiert. Die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution (Landreform, bürgerliche Freiheiten etc.) können nur von der ArbeiterInnenklasse erkämpft und verteidigt werden. Das führt zur Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse und ist nur mit dem Sturz des Kapitalismus möglich.

1917 schloss sich Trotzki auch offiziell den Bolschewiki an. Der ArbeiterInnenklasse, gestützt von der Bauernschaft, gelang unter der Führung der Bolschewiki eine sozialistische Revolution.

Um die Revolution gegen den Angriff des Imperialismus zu verteidigen, wurde unter Trotzki's Leitung die „Rote Armee“ formiert. Er war glühender Internationalist – er musste aber erleben, dass die Revolutionen in anderen Ländern scheiterten. Russland blieb isoliert und in Folge bildete sich eine bürokratische Schicht um Stalin. Trotzki war sein schärfster Kritiker und organisierte die Linke Opposition. 1936 schrieb er in der „Verratenen Revolution“: „Grundlage



Bild: Yanna Ndiaye

des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle.“

Trotzki analysierte den Faschismus als terroristisches Regime, das die Zerschlagung der ArbeiterInnenorganisationen zum Ziel hat. Er trat für die Bündelung aller Kräfte der ArbeiterInnenklasse gegen den Faschismus ein (Einheitsfront).

Am 20. August 1940 wurde Trotzki in Mexiko von einem stalinistischen Schergen ermordet.

Veranstaltung

**Leo Trotzki:
Theoretiker und Revolutionär**

Samstag 21. August

mit Film, Diskussion und Fest

Wien 7 – Amerlinghaus (Stiftg. 8)

Bericht vom CWI-Seminar

Polen: Jung sein + Kapitalismus = Katastrophe



ein Seminarbericht von Antonia, Sebastian und Sedef SLP-SchülerInnen-OG

Norbert ist 21 und studiert Geschichte in Krakau. Er jobbt als Pizzabote und verdient dafür umgerechnet 150.- im Monat. 100.- davon gehen für die Miete drauf. „In Krakau sind die Mieten selten unter 300.-“ sagt er. Kino, usw. ist für ihn Luxus. Klar sind die Preise auch anders, ein Hauptgericht kostet ca. 4,50.-, ein Bier 1-2.-. Aber mit 50.- pro Monat zur Verfügung muss er es sich 2x überlegen, ob er am Abend mit seinen FreundInnen was trinken geht. Norbert weiß, dass er nach dem Studium keinen Job finden wird.

Norbert ist Mitglied von „Grupa na rzecz Partii Robotniczej“ (Gruppe für eine ArbeiterInnenpartei), der polnischen Sektion des CWI. Anfang Juni fand in Krakau ein Seminar statt, das Themen wie u.a. den Poststalinismus in Polen beinhaltete. Schon auf der Fahrt dorthin wurde uns klar, dass ganz neue Eindrücke auf uns zukommen werden. Die Fahrt vom Bahnhof zur Jugendherberge dauert ewig, einige Straßen sind gesperrt, die Umleitungen führen ins Nichts. Die Fahrt vom Hostel zum Bahnhof dauert statt den angeschriebenen 20 Minuten länger als eine Stunde. In den Wohngebieten finden sich überall Schlaglöcher, verlassene Baustellen und riesige Pflützen.

„Nix wie weg“

Die kapitalistische Restauration hatte besonders für Jugendliche katastrophale Auswirkungen. Jahrelang herrschte in Polen über 40% Jugendarbeitslosigkeit, auch heute sind es noch immer über 20%. Ein großer Teil der Jugendlichen wohnt am Land. Perspektiven? Am Hof der Eltern arbeiten. Wen wundert, wenn viele junge PolInnen weg wollen. Über 1,5 Millionen PolInnen arbeiten im Ausland. Viele werden in der Krise zurückkommen, und die Krise wird Polen noch härter treffen. Widerstand hat es schwierig, durch den Stalinismus sind viele linke Ideen wie Selbstorganisation und Antikapitalismus in Verruf geraten. Es ist sogar verboten, kommunistische Symbole zu tragen.

Trotzdem regt sich etwas. Letztens häuften sich Streiks, der linke Präsidentschaftskandidat Napieralski erreichte bei den Präsidentschaftswahlen 14%. Auch Jugendliche gehen wieder auf die Barrikaden. Sie protestierten gegen den Bildungsminister Gieruch und besetzten sogar sein Büro.



Anarchismus – Gar nicht so radikal „Keine Macht für niemand!“

von Simon Nagy, SLP-Wien

...so lautet eine der bekanntesten Parolen des Anarchismus. Der Anarchismus ist eine Idee, die aufgrund ihrer vermeintlichen Radikalität unter Jugendlichen wieder verstärkt Anklang findet.

Aber was steckt hinter der anarchistischen Weltanschauung? Anarchie ist griechisch und heißt Herrschaftslosigkeit. Dies ist nicht gleichzusetzen mit der oft chaotischen Vorgehensweise der Autonomen und AnarchistInnen auf Demos. Im Gegenteil: Anarchismus hat wie Sozialismus und Kommunismus eine klassenlose Gesellschaft ohne Unterdrückung, soziale Unterschiede, gesellschaftliche Zwänge oder bürgerliche Normen zum Ziel. Doch der Unterschied ist der Weg, zu diesem Ziel zu gelangen.

Propaganda der Tat

Das zentrale Mittel ist die „Propaganda der Tat“. Hier wird individuelles „Heldentum“ über eine kollektive und demokratische Organisation und Aktivität von ArbeiterInnen und Jugendlichen gestellt. Durch Handlungen von Einzelnen sollen Ungerechtigkeiten aufgezeigt werden. Wie die Rote Armee Fraktion (RAF) – wenn auch im Selbstverständnis nicht anarchistisch, aber durchaus von selbigen bewundert – zeigt, ist die Konsequenz oft Gewalt gegen Objekte und Menschen, die aber am System kein bisschen ändert.

Frage der Organisation

Hier zeigt sich der große Unterschied: Bei der Russischen Revolution 1917 ist deutlich geworden, dass wütende Massen nicht genügen und es einer revolutionären, organisierten Kraft mit einem klaren Programm und demokratischen Strukturen bedarf. AnarchistInnen lehnen das ab, sie betrachten Parteien als an sich undemokratische, autoritäre Gebilde. Sie setzen auf eine „offene und flexible Organisation“. In der Praxis führt dieser „Pluralismus“ zu jeder Menge Problemen – und autoritären Entscheidungen. Entschieden wird nämlich von jenen, die am längsten in Plenas sitzen können (berufstätige Alleinerzieherinnen sind das in der Regel z.B. nicht). JedeR setzt individuell irgendwas um (oder auch nichts), es gibt kein gemeinsames Auftreten.

Genauso sehen AnarchistInnen auch Regierungen und Staaten: Sie betrachten sie nicht als den Ausfluss der jeweiligen wirtschaftlichen Machtverhältnisse, sondern als das Übel schlechthin. Während SozialistInnen die bürgerliche Regierung und den bürgerlichen Staatsapparat stürzen und durch eine ArbeiterInnenregierung und einen ArbeiterInnenstaat (also Demokratie in Gesellschaft UND Wirtschaft) ersetzen wollen, propagieren AnarchistInnen bloß, jegliche Staatsform müsse weg. Doch einen Plan zur Bewältigung dieser Aufgabe können sie nicht aufweisen.

Das Bewusstsein bestimmt das Sein?

Der russische Anarchist Berkman sagt: „Wenn Dein Ziel ist die Freiheit zu sichern, so musst Du lernen ohne Autorität und Zwang zu leben.“ Dabei wird aber ignoriert, dass auch links denkende Menschen im Kapitalismus unter materieller Abhängigkeit existieren und ihren Lebensstil nicht frei bestimmen. Hier wird die Arroganz der AnarchistInnen deutlich: Sich einfach ausklinken – für Menschen ohne Vermögen, aber mit Familie, vielleicht noch krank geht das nicht. Im Gegensatz dazu wollen MarxistInnen den Kapitalismus stürzen um die Grundlage für einen neuen, menschlicheren Menschen zu schaffen.

Radikal – oder einfach nur zukunftslos?

Anarchismus gibt sich als die radikalere Alternative zum Sozialismus aus. Doch was bewirkt Du, wenn Du auf einer Demo verumumt Steine auf PolizistInnen wirfst und dich bewusst von jeglichen organisierten Strukturen fernhältst? In Wahrheit ist Anarchismus keine Idee mit Zukunft, sondern bloß eine arrogante Einstellung einer abgehobenen Minderheit, die es sich leisten kann, ein „survival of the fittest“ ohne Regeln und Rechte auszuführen.

Heißer Juni vor dem heißen Herbst?

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Spannender SLP-Auftritt Ende Mai: Am 25.5. veranstaltete „AKTION MITMENSCH“ einen Abend zu „Rechtsradikalismus und Neonaziszenen im Industriequartier“. Am Podium unser langjähriger Genosse Johnny Evers. Er war als Historiker und Rechtsextremismusexperte eingeladen. Im vollbesetzten Saal des Wr. Neustädter Gymnasiums wurde ausführlich diskutiert. Mit dabei auch SLPlerInnen aus Wien und Niederösterreich die zuvor eine Antifakundgebung am Wr. Neustädter Hauptplatz organisiert hatten. Das Thema Rechtsextremismus ist leider brandaktuell. Wie Naziübergriffe auch an anderen Orten unterstreichen ...

Das Südwind-Straßenfest stand bei uns heuer im Zeichen der sozialen

Kämpfe und Polizeirepression in Nigeria. Bei einem sehr gut besuchten Stand sammelten wir Geldspenden für unsere nigerianischen GenossInnen. Denn als Teil des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) unterstützen wir die Arbeit von GewerkschafterInnen und SozialistInnen in über 40 Ländern auch sehr praktisch.

Teil der europäischen Aktionswoche

Widerstand gegen die kapitalistische Krise und Kampf gegen Rechtsextremismus waren die politischen Junischwerpunkte. In Salzburg gab es die Aktionswoche: „Wir zahlen nicht für Eure Krise- wir kämpfen“ mit drei Kundgebungen. Am 21.6. wurde ein überdimensionales Transparent auf der Staatsbrücke entrollt (siehe Titelseite).

Am 25.6. kam es zu einer Kundgebung mit ÖH, GPA-DJP-Jugend, SJ und AKS. Ein erster kleiner Erfolg: auch die Salzburger FSG (SPÖ-Fraktion im ÖGB) rief zu der Kundgebung auf. In Wien veranstalteten SLP und GLB eine Kundgebung im 20. Bezirk am Hannovermarkt.

Gegen Rechts und ganz Rechts

Nach dem Übergriff auf unseren Genossen Samuel Honauer ist in Linz unsere Kampagne gegen Schlägernazis gut angefallen. In Wien macht die rechtsextreme „Bürgerinitiative“ Dammstraße wieder mobil. Bei einem Vortrag mit FPÖ und CPÖ im 20. Bezirk sollte Stimmung für eine rassistische Demo am 18.6. in Floridsdorf gemacht werden. Zu dem Treffen kamen dank unse-

rer Kampagne dagegen halb soviel Leute wie bei einer ähnlichen Veranstaltung 2008. Am 18.6. hielten „BI“-Rappgasse, FPÖ, BZÖ, Christen und „BI“-Dammstraße eine Kundgebung in Floridsdorf ab. Besucher-mäßig ein Flop. Die Gegendemonstration war zahlenmäßig deutlich stärker. Auf der rechten Kundgebung waren auch HC-Strache und eine Gruppe Neonazis die am Ende auch die, von der SLP zentral mit organisierte, Gegendemo angriffen. Die Nazis überschätzten sich aber und mussten von der Polizei weggebracht werden. Ein Ergebnis der Arbeit ist auch, dass sich im Juni einige Menschen entschlossen haben, der SLP beizutreten. Auch Du bist herzlich willkommen!

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Mittwoch, 18.30 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt und Gmunden

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-Sommer-Debatten
Jeden Mittwoch um 19.00
„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

u.a.

14.7. WM in Südafrika:
Rote Karte für FIFA und Regierung
mit einem Vertreter des Ballesterer

18.8. Von Grauen Wölfen und islamischen Fundamentalisten - die rechte türkische Szene in Österreich
mit Ernst Orhan (Ada - Alternative Solidarität und GPA work@migration)

1.9. Ist Grün das neue Rot? Oder das neue Schwarz-Gelb?
mit Klaus Werner Lobo, grüner Kandidat

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld. Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español

www.mundosocialista.net



Neues aus dem CWI

von Tilman Ruster, SLP-Wien

Über 42.000 Stimmen für sozialistischen Gewerkschafter

Bei den Wahlen zum Generalsekretär der britischen Gewerkschaft Unison brachte es Roger Bannister von der Socialist Party (SP) England&Wales auf 19,7% (42.416) der Stimmen. Roger Bannister steht für einen kämpferischen Kurs in der Gewerkschaft und damit in Opposition zu der Labour-geprägten Führung. Der enorme Zuspruch den er durch diese Wahl erhalten hat gibt den Wunsch nach einem Ende der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaft wieder. Nach dem Wahlsieg der Konservativen und Liberalen im britischen Unterhaus und dem angekündigten Sparpaket der neuen Regierung ist der organisierte Widerstand in den Betrieben dringend notwendig!

In den letzten Jahren kam es durch die Gewerkschaftsführung zu verstärkter, bürokratischer Repression gegen Mitglieder der SP. Der jetzige Wahlerfolg der SLP-Schwesterorganisation ist auch ein Votum gegen diese Hexenjagd auf sozialistisch, kämpferische Kräfte!

150.000 bei Gedenken für die Ermordeten vom Platz des himmlischen Friedens

Dreimal so viele Menschen wie von den VeranstalterInnen erwartet demonstrierten in Hong Kong um der Opfer des chinesischen Regimes vom 4.6.1989 zu gedenken. Damals hatten Panzer den von linken Studierenden getragenen Protest auf dem Tian'anmen in Beijing blutig niedergewalzt. Tausende wurden getötet und viele weitere wurden zu langer Haft verurteilt.

AktivistInnen von Socialist Aktion (CWI Hong Kong) und chinaworker.info intervenierten auf der Demonstration mit dem Slogan „4.6. Der Kampf muss weitergehen!“

Die Beijing nahe stehende Regierung von Hong Kong begegnete dem Protest mit scharfer Repression, angesichts der Vielzahl der DemonstrantInnen fiel diese aber schwächer aus als noch in vergangenen Jahren. In China kommt es in letzter Zeit immer wieder zu Protesten und einer Welle von Streiks. Die Bevölkerung Chinas leidet sehr heftig unter der Wirtschaftskrise: So wurden mehr als 20 Mio. WanderarbeiterInnen in kürzester Zeit auf die Straße gesetzt! Zuletzt gelang es den Angestellten eines HONDA-Werks in Foshan, mit ihrem Streik erhebliche Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Das CWI unterstützt die Kämpfe der ArbeiterInnen in China für demokratische Rechte und bessere Arbeitsbedingungen.

www.socialistworld.net

Naher Osten: Freiheit durch Sozialismus

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Die Erstürmung der Gaza-Hilfsflotte durch die israelische Armee hat weltweit zu riesigen Protesten geführt und die Weltöffentlichkeit wieder auf den kleinen Streifen Land zwischen Israel und Ägypten gelenkt. Viele Menschen stellen sich die Frage: wie kann der Teufelskreis aus Besetzung, Terror und Blockade durchbrochen werden?

Ein riesiges Gefängnis

1,5 Mio. Menschen leben seit Beginn der Blockade im September 07 im größten Freiluftgefängnis der Welt. Nach dem Wahlsieg der Hamas im Jänner 07 und ihrer Machtübernahme im Gazastreifen haben Israel und – wenn auch in geringerem Ausmaß – Ägypten eine Blockade verhängt. Das bedeutet Einschränkungen bei der Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung. Lebensmittel, Medikamente, Treibstoff und Baumaterial werden nur in unzureichendem Ausmaß gewährt. Das hat die soziale Lage im Gazastreifen unerträglich gemacht. 81% der Menschen leben unter der Armutsgrenze. 70 % haben keinen ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln, fließendes Trinkwasser gibt es nur 2-3 Stunden täglich.

Die israelische Regierung argumentierte, mit der Blockade die Macht der radikalislamischen Hamas einschränken zu wollen. Tatsächlich werden 1,5 Mio. Menschen kollektiv für ein den israelischen Herrschenden nicht genehmes Wahlergebnis bestraft. Der Effekt ist das genaue Gegenteil des vorgegebenen Ziels. Die Blockade und die regelmäßigen Angriffe durch die israelische Armee und Luftwaffe treiben die Menschen noch stärker in die Arme der Hamas.

Die Hamas – Produkt der Besetzung

Die Hamas selbst entstand als Reaktion auf die anhaltende Besetzung und Aggression durch die israelische Armee. Die Schwächung der palästinensischen



sischen Linken in den 90er Jahre gab die Bühne für islamisch-fundamentalistische Kräfte frei. Die Korruption der Fatah und ihre Kooperation mit den israelischen Behörden gegen palästinensische KämpferInnen hat sie in den Augen zahlreicher PalästinenserInnen diskreditiert.

Der Hamas gelang es, sich als die konsequentesten Kämpfer gegen die israelische Besetzung darzustellen. Außerdem durch soziale Maßnahmen, wie den Bau von Krankenhäusern und Schulen und Zahlungen an verarmte Familien einen kleinen Teil der durch Besetzung und Blockade entstandenen Not zu lindern. Nichtsdestotrotz handelt es sich nicht um eine Wohltätigkeitsorganisation sondern um eine in ihrem Kern islamistische und reaktionäre Kraft.

Die israelischen Herrschenden sind maßgeblich für die Stärkung der Hamas verantwortlich - der Stern der Hamas war in den Monaten vor der Erstürmung der Gazaflotte im Sinken. Die brutale Reaktion der israelischen

Armee auf den Versuch die Seeblockade zu durchbrechen hat den Einfluss der Hamas im Gazastreifen wieder gestärkt.

Welcher Weg vorwärts?

Weltweit gingen Hunderttausende gegen die Erstürmung der Gaza-Hilfsflotte auf die Straße. So wichtig internationale Massenproteste sind – der Kampf für Frieden und Gerechtigkeit kann nur in der Region selbst gewonnen werden. In Tel Aviv demonstrierten nur wenige Tage nach dem Angriff über 10.000 JüdInnen und AraberInnen gegen die Kriegs- und Besatzungspolitik der rechten Regierung. Zehntausende folgten in anderen Städten Israels, im Westjordanland, dem Libanon, Syrien, etc. Die gemeinsamen Proteste über religiöse und ethnische Grenzen hinweg in Israel weisen den Weg nach vorn. Die Politik der israelischen herrschenden Klasse von Blockade und militärischer Aggression hat in Jahrzehnten nicht zu Sicherheit für

die jüdische Bevölkerung geführt. „Israel ist heute mit Sicherheit einer der unsichersten Orte für JüdInnen in der ganzen Welt“ so eine jüdisch/israelische Marxistin. Die herrschende Klasse in Israel zieht ihre politische Existenzberechtigung aus dem Kampf gegen die PalästinenserInnen. Dafür werden Milliarden in die Rüstung gesteckt und bei Löhnen und Sozialausgaben gekürzt. Auch die Hamas hat keine erfolgreiche Strategie im Kampf für soziale und demokratische Rechte der PalästinenserInnen. Tatsächlich haben weder die Herrschenden in Israel noch die Köpfe und Financiers der Hamas ein echtes Interesse an einem gerechten Frieden. Alleine die Massen der palästinensischen und jüdischen ArbeiterInnenklasse wollen wirklich Frieden. Sie alleine sind es auch, die diesen erkämpfen können.

Maavak Sozialisti / Harakat Nidal Eshtaraki (Sozialistischer Kampf, die Schwesterorganisation der SLP in Israel/Palästina) steht für den Zusammenschluss von ArbeiterInnen und Jugendlichen arabischer wie jüdischer Herkunft. Will die Friedensbewegung wirklich erfolgreich sein, muss sie mit den Herrschenden brechen und über die Grenzen des Systems hinausgehen. Auf Grundlage des Kapitalismus ist Frieden unmöglich. Darum stellt das CWI die Losung nach einer freiwilligen sozialistischen Föderation des Nahen Ostens – die ein sozialistisches Israel und ein eben solches Palästina beinhalten soll - auf.

<http://www.maavak.org.il>

Veranstaltung

Kann es Frieden im Nahen Osten geben?

mit Omer Hakim, Leiter des Hashamer Hazair Österreich

Mittwoch 25. August um 19.00

„Pizzeria La Piazza“
Wien 20, Gaussplatz 7

BP-Ölkatastrophe:

Menschen und Umwelt vor Profite!

von Laura Rafetseder, SLP-Wien und Werner Lebel, SLP-Wiener Neustadt

Elf tote HelferInnen. Fischfangverbot auf einer Fläche, die der Größe Rumaniens entspricht. Millionen von Menschen, die ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden. Tausende tote Vögel und Fische. Das ist bisher die traurige Bilanz der Ölkatastrophe von Deepwater Horizon, hervorgerufen durch hemmungslose Profitgier. Laut BP-Internas sollen bis zu 16 Mio. Liter täglich aus dem Leck strömen. BP Chef Hayward beschwichtigte, dass im Vergleich zur Menge des Wassers im Golf von Mexiko der Ölteppich „winzig klein“ sei und keine Bedrohung für das Ökosystem darstelle. Seelenruhig nahm er folglich an einer Regatta vor der englischen Küste teil.

Obama: harte Worte aber keine Lösung!

Viele Menschen sind zu Recht erschüttert und wütend. Das hat Obama gezwungen, harte Worte gegen BP zu finden. Aber gelöst hat er das Problem nicht. Die Verantwortung wurde bei BP gelassen - die Eigentumsverhältnisse nicht angetastet. Das wäre aber nötig: Eine Verstaatlichung, nicht nur von BP, sondern der gesamten profit-



getriebenen Ölindustrie. Dann könnten sämtliche Gewinne der Unternehmen genutzt werden, um die Folgen der Katastrophe zu beseitigen.

Die Weltwirtschaft ist abhängig von billigem Öl. Vor allem die US-Regierung hat in der jüngeren Vergangenheit sogar Krieg dafür geführt. Das jüngste Verbot von Tiefsee-Bohrungen als Reaktion auf den öffentlichen Druck wurde von einem US-Gericht bereits wieder aufgehoben. Vor der Katastrophe hat die US-Regierung

Tiefsee-Bohrungen unterstützt. Sicherheitsüberlegungen - denn diese Bohrungen auf hoher See sind riskanter - blieben dabei auf der Strecke.

Katastrophe Kapitalismus!

Die Kritik am Kapitalismus, der solche Katastrophen überhaupt erst verursacht, wird lauter. BP ist kein Einzelfall. Exxon war 1989 für die davor schlimmste Ölkatastrophe in US-Gewässern verantwortlich. Shell macht

sich in Nigeria schuldig an Vergehen gegen Umwelt und Menschenrechte. Daher können Boykotts oder Strafzahlungen maximal an der Oberfläche kratzen. Tatsache ist – wer besitzt, schafft an. Die Ölindustrie muss in öffentliches Eigentum überführt werden. Derart verstaatlichte Betriebe müssen durch Komitees von Beschäftigten und Betroffenen demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Dann stehen Sicherheit und nicht Profite im Zentrum. Und selbst wenn es zu einem Unfall kommen würde, wäre rasche, effiziente und unbürokratische Hilfe möglich.

Alternative Energien – für eine sozialistische Gesellschaft!

Es gibt viele Möglichkeiten, alternative, saubere und sichere Energien auszubauen. Ölkonzerne und ihre Lobbies verhindern, dass geforscht und umgesetzt wird! In einer demokratisch geplanten Wirtschaft könnten die vorhandenen Ressourcen für den Ausbau alternativer Energien eingesetzt werden. Daher: Für eine sozialistische Gesellschaft, in der nicht einige wenige regieren und profitieren, sondern die Menschen demokratisch und gemeinsam entscheiden was passiert!

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 191

Juli/August 2010

Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!



Anti-Moschee-, „Bürgerinitiativen“ und FPÖ hetzen, doch:

Rassismus schafft keine Jobs!

von Sebastian Kugler,
SLP-Wien

Nach der Schlappe bei den Präsidentschaftswahlen gibt sich die FPÖ etwas zahmer. Doch während Strache auf den Plakaten mit PensionistInnen plaudert, wird weiter auf der Straße gehetzt und mobilisiert. Neben dem Plakatwahlkampf setzt die FPÖ auf eine zweite Schiene, wo sie offen rechts-extreme Propaganda verbreitet. Sie forciert rassistische „Bürgerinitiativen“. In letzter Zeit kam es zur Gründung mehrerer solcher Strukturen in Wien. Sie richten sich gegen Bauprojekte, bei denen islamische Kulturzentren erweitert werden sollen. Am Anfang präsentierten sie sich noch als Vertretung für besorgte BürgerInnen, mittlerweile sind sie stolz auf ihre Rolle als selbsternannte „Kulturkämpfer“.

„Bürgerinitiativen“???

Die erste so genannte „Bürgerinitiative“ dieser Art wurde 2007 in Wien im 20. Bezirk als „BI Dammstraße“ gegründet. Verkündete sie am Anfang noch, dass es um Lärmbelastigung und Parkplatznot geht, so wurde schnell klar, dass sie sich zu einer Plattform für Rechts-extreme aller Art entwickelt, von FPÖlern über CPÖ Chef



Gehring bis hin zu militanten Neonazis. Am 10. Juni, rechtzeitig zum Wahlkampfbeginn, veranstaltete sie einen „Informationsabend“ zum Thema „Moscheen als Keimzellen der Parallelgesellschaft“. Durch eine breite Aufklärungskampagne der SLP über den Charakter dieses Treffens geriet der „Informationsabend“ zu einem Flop. Doch 2010 gründeten sich neue „Bürgerinitiativen“, ebenfalls gegen die Erweiterung islamischer Kulturzentren. Am 18. Juni hielt die „BI Rappgasse“ im 21. Bezirk eine Demonstration ab, auf ihr

Charakter deutlich wurde. Anstatt „besorgter BürgerInnen“ sammelte sich dort ein Haufen Neonazis und Männer mit FPÖ-Jacken. Auch gegen diesen Aufmarsch mobilisierte die SLP zu Aktionen. Im Zuge der Gegendemonstration kam es zu Nazi-Übergriffen gegen SLP-Mitglieder und andere AntifaschistInnen. Diese so genannten „Bürgerinitiativen“ sind für die FPÖ ein zentraler Teil ihres Wahlkampfes und ein Beweis, dass die FPÖ keinesfalls weniger rechts geworden ist. In diesem Licht ist auch die Ernennung von Johann

Gudenus zu Straches „Statthalter“ in Wien zu sehen. Gudenus forderte bereits Steuern auf Verhütungsmittel und will die „voll einsetzende Umvolkung“ verhindern. Er soll der „Mann fürs Grobe“ sein.

Widerstand

Die beiden erfolgreichen Gegenmobilisierungen im Juni haben gezeigt, dass wir die „Bürgerinitiativen“ entlarven können. Nur wenn AnrainerInnen, MigrantInnen und AntifaschistInnen gemeinsam auf die Straße gehen, können wir

zeigen, dass es den Rechten nicht darum geht, irgendwas für die umliegende Bevölkerung zu tun. Für den Herbst haben die „Bürgerinitiativen“ eine Demonstration angekündigt. Eine breite antifaschistische Gegenmobilisierung kann diesen Sammelpunkt der Rechten verhindern. Die verhinderten rechten Aufmärsche in Köln und Dresden zeigen, wie Blockadeaktionen erfolgreich sein können. Sitzblockaden etc. sind dann am erfolgreichsten, wenn auch die umliegende Bevölkerung einbezogen wird. Außerdem dürfen solche Gegendemos nicht nur warnen und mahnen. Es reicht nicht, nur zu sagen, dass Nazis böse sind. Wir müssen Antworten auf die Probleme ge-

ben, die der Nährboden für Rassismus sind: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Hungerlöhne (kurz: Kapitalismus). Denn Rassismus löst keine Probleme. Er schafft keine Arbeitsplätze. Keine Parkplätze. Keine besseren Wohnbedingungen. All das kann nur durch einen gemeinsamen Kampf von „In- und AusländerInnen“ erreicht werden.

Veranstaltung

Der Aufstieg der extremen Rechten in Wien 20

Mittwoch 28. Juli um 19.00

„Pizzeria La Piazza“
Wien 20, Gaussplatz 7

Linz: Neonazikader verletzt Antifaschisten

Ende Mai versuchte Neonazikader Grassl, dem SLP-Aktivisten Samuel Honauer eine brennende Zigarette im Auge auszu-drücken. Grassl ist Aktivist des Bfj. Nach einem Wiederbetätigungsprozess im Jahr 2008 in Wels gegen drei Bfj Mitglieder taucht die Neonazigruppe ab. Ein Teil arbeitet heute in legalen Strukturen (z.B. FPÖ) ein andere Teil (mit Grassl) versucht die Linzer Fussballfanszene zu infiltrieren. Grassl spricht auf Neonaziveranstaltungen in Deutschland und mobilisiert für diverse Naziaufmärsche. Die SLP geht gegen diesen Angriff mit einer starken Kampagne in die Offensive. Mit Demos und verschiedenen anderen Aktionen werden wir uns den Schlägernazis (ins besondere beim FC BLAUWEISS Linz) entgegenstellen.

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

sternenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungssaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Bfj, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at